

# «Wir sind nicht verpflichtet, den IWF in Anspruch zu nehmen»

Mit einer IWF-Mitgliedschaft kann das Land auf die Hilfe des Währungsfonds zurückgreifen – muss aber nicht.

**Elias Quaderer**

Soll Liechtenstein dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beitreten? Das ist die nächste Frage in diesem abstimmungsreichen Jahr, über die die Stimmbürger an der Urne entscheiden werden. Die Regierung sieht in einer IWF-Mitgliedschaft eine Absicherung für das Land im Krisenfall. Dagegen warnte der FBP-Abgeordnete Johannes Kaiser am Mittwoch eindringlich in einer Parteienbühne davor, im Krisenfall auf die Hilfe des Währungsfonds zurückzugreifen. Denn die Inanspruchnahme von IWF-Krediten würde das Land in eine Schuldenspirale stürzen. Kaiser spricht von einem Szenario, in dem Liechtenstein einen Kredit von 5 Milliarden Franken aufnimmt und mit Zinsen von 8 Prozent innert zehn Jahren amortisieren müsste.

Doch entspricht diese Darstellung den Tatsachen? Angesprochen auf die Parteienbühne sagt Andreas Brunhart, Forscher im Bereich Volkswirtschaft am Liechtenstein-Institut: «Sollte eine Katastrophe unsere finanziellen Mittel übersteigen, werden wir uns irgendwo verschulden müssen und das Geld irgendwann zurückzahlen. Zu welchen Konditionen das sein wird, ist heute spekulativ.» Brunhart bezweifelt aber, dass Liechtenstein auf dem freien Markt einen Kredit zu besseren Konditionen erhalten würde, sollte das Land nach einer Katastrophe am Boden liegen. Aber falls sich eine bessere Alternative ergeben sollte, könnte man immer noch diese wählen. «Wir sind nicht verpflichtet, den IWF in Anspruch zu nehmen», so der Ökonom.

Gemeinsam mit seinem Forschungskollegen am Institut, Martin

Geiger, geht Brunhart im «Vaterland»-Interview darauf ein, mit welchen volkswirtschaftlichen Implikationen ein IWF-Beitritt Liechtensteins verbunden wäre. Brunhart erwähnt dabei auch, dass er gewisse moralische Argumente, die gegen den Währungsfonds vorgebracht wurden, nachvollziehen könne. «Der IWF hat sich in der weiteren Vergangenheit in einigen Fällen nicht mit Ruhm bekleckert, weil seine Kreditauflagen ideologisch und extrem neoliberal geprägt waren.»

## Mittlerweile weniger ideologisch und mehr evidenzbasiert

Aber die UN-Sonderorganisation habe sich in den letzten zwanzig Jahren stark gewandelt und auch viele Daten und Analysen zu Themen wie Armut und Ungleichheit publiziert. Der Internationale Währungsfonds «handelt we-

niger ideologisch und mehr evidenzbasiert. Es gibt in der jüngeren Vergangenheit zudem einige Beispiele von Ländern in Europa, in denen der IWF einsprang und die Länder heute wieder gut dastehen», sagt Brunhart. Abschliessend hält der Volkswirt aber fest, dass es sich beim IWF-Beitritt letztlich um eine politische Frage mit vielen Dimensionen handle, nicht nur der ökonomischen. «Und es ist wie bei einer Privatversicherung: Es bleibt eine Abwägung, wie man Extremrisiken adressieren möchte und ob man sich eine solche Versicherung leisten will.»

Dazu ergänzt Forschungskollege Martin Geiger: «Wenn es das Ziel ist, die makroökonomische Resilienz und das makroökonomische Monitoring zu stärken, ist das ein relativ günstiger und effizienter Weg.» **4, 5**